

I. Die wachsende Stadt

Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen

Köln ist eine wachsende Stadt. Erst vor wenigen Jahren erreichte sie die Einwohnerzahl von einer Million. Dies ist in Zeiten einer schrumpfenden Bevölkerung und einer Alterung der Gesellschaft eine große Chance und auch Verpflichtung und Herausforderung. Diese Aufgabe darf nicht von Ängsten und Bedenkenträgern geprägt werden, sondern muss mit Elan und Freude angenommen werden. Die aktuell Verantwortlichen in der Stadtpolitik zögern und zaudern bei dieser Aufgabe und ergreifen nicht die Initiative.

Dagegen wollen wir Liberale eine neue Willkommenskultur entwickeln. Die in Köln lebenden und die neuen Bürgerinnen und Bürger Kölns sollen genügend attraktiven Wohnraum in Köln vorfinden.

In diesem Spannungsfeld muss Köln seine wirtschaftliche Kraft und Strahlkraft im Wettbewerb und in Kooperation mit den Nachbarstädten auf der Rheinschiene und bis zu unseren europäischen Nachbarn weiter stärken. Für Unternehmen, Existenzgründer und Bildungseinrichtungen muss Köln wieder zur ersten Adresse werden. Nur so können wir die hinzugewonnenen Bürgerinnen und Bürger langfristig in Köln halten. Als Herz des Rheinlands hat Köln die Pflicht, die gesamte Region in die Zukunft zu führen.

Dabei setzen wir Liberale auf den Ausgleich der zum Teil widerstrebenden Interessen und Ziele. Zwar ist Köln von der Fläche her eine große Stadt, doch in Zukunft wird die Auseinandersetzung um die Nutzung jeden Hektars noch stärker werden. Hier sind Weitsicht und der Mut zu zukunftsweisenden Ideen gefragt.

Um diese Zukunftsaufgaben erfolgreich zu lösen, müssen auch die städtische Verwaltung und die städtischen Finanzen an die gestellten Aufgaben angepasst werden. Eine weitere Aufblähung der Stadtverwaltung ohne Prioritätensetzung überfordert die Stadtkasse und lähmt eine dynamische Entwicklung Kölns. Ausgaben müssen der Prämisse unterstellt werden, ob sie der Zukunftssicherung dienen oder nicht.

Liberale Politik will die Grundlage schaffen, damit die nächsten Generationen in einer dynamischen und professionell geführten Stadt leben können.

Das braucht Köln: Offensive für mehr Wohnungsbau!

Bis zum Jahr 2030 wird Köln um bis zu 100.000 neue Bürgerinnen und Bürger wachsen. Dafür müssen viele neue Wohnungen gebaut werden. Für die Stadt ist dies eine enorme Herausforderung. Köln braucht eine Offensive für mehr Wohnungsbau.

Dabei ist es für die FDP wichtig, dass Wohnraum für jeden Geldbeutel entsteht, also auch bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringeren Einkommen. Es dürfen aber nicht nur Geschosswohnungen gebaut werden, sondern es muss auch genügend Ein- und Zweifamilienhäuser geben, um Familien in der Stadt zu halten.

Alle Bauherren, Privatpersonen wie gewerbliche Investoren, müssen von der Verwaltung besser betreut werden. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlplanung der städtischen Baupolitik. Da in den zentralsten Lagen nicht jeder bezahlbaren Wohnraum finden kann, müssen auch periphere Lagen durch bessere Verkehrsanbindung attraktiver gemacht werden.

Die FDP will deshalb

- den Wohnungsbau in den nächsten 15 Jahren zum Schwerpunkt städtischen Handelns machen.
- mehr Baulücken schließen. Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen sieht vor, dass bis 2029 nur 10% der noch in Köln vorhandenen Baulücken geschlossen und dort nur 1.500 Wohnungen gebaut werden sollen. Das ist der FDP zu wenig; für die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Aufwertung des Stadtbildes müssen wir uns mehr anstrengen. Wir wollen bis zum Jahre 2029 50% der möglichen Wohnungen in Baulücken und damit ca. 7.500 Wohneinheiten realisieren.
- dabei insbesondere folgende Aspekte beleuchten und konkrete und effektive Umsetzungsempfehlungen aussprechen, die letztlich die Schaffung von mehr Wohnraum in Köln erleichtern:
 - Fragen der Verdichtung dürfen nicht auf Kosten von Grünflächen oder Kaltluftschneisen gehen, damit den Kölnerinnen und Kölnern nicht „die Luft zum Atmen“ genommen wird,
 - die Förderung von Baugruppen und Genossenschaftsprojekten,
 - die nachhaltige Entrümpelung der Anforderungen für den sozialen Wohnungsbau,

- die Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen,
 - verkürzte Genehmigungsprozesse für Baugebiete und
 - eine Überprüfung des Höhenkonzepts für die Innenstadt.
- im Stadtgebiet mehr Flächen als Bauland ausweisen. Dazu gehört auch die Schaffung von komplett neuen Stadtteilen. Die FDP setzt sich nicht nur für Zündorf-Süd, sondern auch für den neuen Stadtteil Kreuzfeld westlich von Blumenberg ein. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die notwendige Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsanbindung durch Straßen und ÖPNV sowie Kindergärten und Schulen rechtzeitig geschaffen wird.
 - für alle Bauherren eine einzige Stelle in der Stadtverwaltung als Ansprechpartner („One Stop Agency“ im Baubereich), die sich um die Koordination mit allen beteiligten Stellen der Verwaltung kümmert mit dem Ziel, Bauvorhaben schneller umzusetzen.
 - dass die Stadt Köln sich schneller von eigenen Grundstücken trennt bzw. diese schneller der Schaffung von Wohnraum zuführt. Zu diesem Zweck muss es eine noch engere Kooperation mit möglichen Investoren geben.

Die FDP lehnt jedoch das von der Verwaltung favorisierte „kooperative Baulandmodell“ ab, das Investoren größerer Bauvorhaben (mehr als 25 Wohneinheiten) verpflichtet, 30% der Einheiten im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten.

Außerdem lehnen wir so genannte „Milieuschutzsatzungen“ ab, mit denen Veränderungen im Wohnungsbestand verboten werden. Dadurch werden Investitionen und notwendige Modernisierungen verhindert und unzureichende Wohnstandards (z.B. Toilette im Treppenhaus) festgeschrieben.

Das braucht Köln: Effiziente Planungs- und Baukultur!

Wir als FDP sind überzeugt: Köln braucht eine bessere Planungskultur, eine ansprechendere Baugestaltung und ein ästhetischeres Stadtbild. Wenn alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und vor allem Kompetenzen klar verteilt sind, wird die Stadt Köln beim Planen und Bauen effizienter. Dafür sind verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, die Köln nach vorne bringen. Das zentrale Ziel der FDP ist es, Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen, zum Beispiel bei der Umsetzung des Städtebaulichen Masterplanes für die Innenstadt. Die FDP will alle vorgeschlagenen Projekte mit einem Zeit-Maßnahmen-Plan versehen.

Für eine bessere Planungs- und Baukultur setzt sich die FDP daher ein

- für die Funktion eines Stadtbaumeisters, der ähnlich dem Dombaumeister als „übergeordnete Instanz“ tätig wird. Formal soll der Stadtbaumeister direkt dem OB unterstellt sein. Er ist qua Amt der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates der Stadt Köln. Der Stadtbaumeister kontrolliert die Umsetzung des Masterplanes und der Via Culturalis¹. Er definiert die Rahmenbedingungen der Stadtbildpflege und kontrolliert bei der Umsetzung großer Bauvorhaben die Einhaltung der Vorgaben.
- für eine Reform des Gestaltungsbeirates: Nicht nur durch den neuen Stadtbaumeister als Vorsitzendem, sondern auch durch mehr Transparenz und die teilweise Öffentlichkeit der Sitzungen erfährt der Gestaltungsbeirat eine deutliche Aufwertung. Der Gestaltungsbeirat neuer Prägung versteht sich auch als „Anwalt der Preisgerichte“ und begleitet Wettbewerbsergebnisse entsprechend. Über den Stadtbaumeister findet ein regelmäßiger Austausch des Gestaltungsbeirates mit dem OB statt.
- für eine größere Transparenz der Stadtplanung durch Nutzung digitaler Informationswege. Unsere Informationskampagne „Köln baut“, aber auch das Projekt „Stadtplanung im Netz“ der Stadt Hamburg und die interaktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse können dabei als Vorbild dienen.
- für eine Bauplanberatung mit dem Ziel möglichst schneller Genehmigungsverfahren.

Das braucht Köln: verlässliche Stadtentwicklung!

In einer dynamischen, wachsenden Metropole wie Köln muss die Stadtentwicklung einen besonderen Stellenwert haben. Die gebotenen Chancen und Möglichkeiten muss die Stadt aber auch nutzen. Und dies hat in den vergangenen 15 Jahren keine Partei mit so viel Gestaltungswillen getan wie die FDP. Oberbürgermeister, Rat und Verwaltung schieben wichtige und notwendige Entscheidungen zur wirtschaftlichen

¹ Die Idee der „Via Culturalis“ beschreibt das ambitionierte Vorhaben, die Zeitebenen und Zeitspuren von zwei Jahrtausenden Stadt- und Kulturgeschichte im öffentlichen Raum sichtbar und begreifbar zu machen. Dazu soll im Herzen der Altstadt ein „Kulturpfad“ ausgewiesen werden, der vom Hohen Dom zu Köln bis zu Sankt Maria im Kapitol führt.

und städtebaulichen Entwicklung gerne auf die lange Bank. Das lähmt die Stadt und das kostet viele Arbeitsplätze.

Die Stadtentwicklung muss einen höheren Stellenwert bekommen, daher meinen wir:

- Sie muss zur Chefsache des Oberbürgermeisters und des neuen Stadtbaumeisters werden. Köln zu entwickeln, schafft Arbeitsplätze, Stillstand vernichtet Arbeitsplätze. Oberbürgermeister, Rat und Verwaltung müssen verantwortungsbewusst und zügig ihre Entscheidungen treffen.
- Das Haus und Museum der jüdischen Kultur in Verbindung mit der archäologischen Zone auf und unter dem Rathausvorplatz stellt eine große Bereicherung für Köln dar. Die FDP hat dies bereits Mitte der 80er Jahre gefordert und 1999 mit der CDU im Koalitionsvertrag vereinbart. Auch wenn diese davon heute nichts mehr wissen will, halten wir an der einmaligen Chance fest, 2000 Jahre Stadtgeschichte direkt an historischer Stelle präsentieren zu können. Wir sind dem LVR dankbar, dass er den Betrieb der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums übernehmen will.
- Die Neugestaltung des Ebertplatzes ist ein Leitprojekt des Masterplanprozesses. Der Fußgängerverkehr auf der Achse Eigelstein / Neusser Straße muss aus der heruntergekommenen Passage herausgeholt und ans Tageslicht gebracht werden. Dabei muss endlich der Bauplan einer Quartiersgarage gegen die Parkplatznot im Agnesviertel umgesetzt werden. Seit dem Jahr 2000 (!) warten die Anwohner auf die Umsetzung des entsprechenden Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses.
- Wenn der Großmarkt aus der Südstadt verlegt wird, wird dort eine große, zentral gelegene Fläche frei, die optimal genutzt werden muss. Wir wollen den inneren Grüngürtel bis zum Rhein verlängern und damit einen Beitrag leisten zu einer ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung. Dazu soll sich Köln für die Bundesgartenschau 2025 bewerben. Mit einem Ideenwettbewerb wollen wir dafür sorgen, dass eine hochwertige Mischung aus Grün, Wohnungen, Büros und Ladengeschäften entsteht.
- Die Entwicklung des Deutzer Hafens von einer Schrottverladestation zu einem Premium-Standort für neue Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen wie im Rheinauhafen muss zu den Prioritäten in der Stadtpolitik werden. Wir fordern einen städtebaulichen Wettbewerb, um Wohnen und Gewerbe im Deutzer Hafen zu einem fruchtbaren Miteinander zu bringen und damit ein weiteres Glanzlicht der Kölner Stadtentwicklung zu setzen. Auch der Mülheimer Hafen

bietet ein großes Potenzial, um Köln noch attraktiver zu machen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

- Köln braucht endlich ein Kongresszentrum! Wir unterstützen die KölnMesse bei ihren Plänen, auf dem Messegelände ein Kongresszentrum zu errichten. Bisher sind Veranstaltungen mit 2000 bis 5000 Kongressteilnehmern nicht in Köln durchgeführt worden. Auf Veranstaltungen dieser Größenordnung sind die Planungen auszurichten.
- Nach der Fertigstellung der Sanierung der Oper im Jahr 2015 muss das blaue Zelt am Breslauer Platz abgebrochen werden, so dass endlich der Breslauer Platz zu Ende gestaltet werden kann. An diese Stelle muss eine herausragende Architektur und Nutzung. Außerdem muss es mehr Grün auf der bisherigen Steinwüste Breslauer Platz geben. Der Busbahnhof muss im Rahmen der Neugestaltung des Breslauerplatzes auf der Ebene des Rheinufer realisiert werden, um dem Bedarf an zentraler Verkehrslage gerecht zu werden.
- Der Neubau des Stadtarchivs am Eifelwall muss endlich in Angriff genommen werden.
- Das Hickhack um den Neubau des Rodenkirchener Rathauses gehört beendet. Die Beschlüsse der Bezirksvertretung sind hier endlich ernst zu nehmen und umzusetzen.
- Köln muss in Zukunft stärker über den Tellerrand blicken. Verkehrsfragen, neue Siedlungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch neue Unternehmen müssen in Kooperation mit den Nachbargemeinden aus dem Rhein-Erft-Kreis und dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie der Stadt Leverkusen angegangen werden. Dabei reicht es nicht, wenn sich Bürgermeister treffen, sondern die Zusammenarbeit muss auch auf Verwaltungsebene institutionalisiert werden, außerdem muss ein parlamentarisches Gremium eingerichtet werden. Wir streben ein Landesgesetz für die Region Köln an, so wie es sich im Großraum Aachen bewährt hat.

Das braucht Köln: mehr Bürgerbeteiligung und eine leistungsfähige Verwaltung!

Die Bürgerbeteiligung zu stärken, ist ein wichtiges Anliegen der Kölner Liberalen: Der Bürger steht im Mittelpunkt kommunalen Handelns. Die FDP-Ratsfraktion hat in der

aktuellen Wahlperiode einen Ratsbeschluss mitinitiiert, wonach die Verwaltung beauftragt wird, Leitlinien für eine aktive Bürgerbeteiligung zu entwerfen. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger stärker an aktuellen städtischen Themen zu beteiligen.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Köln sind mit der Stadtverwaltung unzufrieden. Nach der von der FDP im Jahre 1999 angestoßenen Verwaltungsreform ist die Zahl der Beigeordneten von ursprünglich 11 auf 7 reduziert und die Zuständigkeiten der einzelnen Dezernate sind neu geordnet worden. Bei vielen Entscheidungsprozessen ist jedoch die Anzahl der beteiligten Ämter immer noch zu groß. Durch Vereinheitlichung von Prozessen und Abläufen und durch die Zusammenführung ähnlicher Funktionen und Zuständigkeiten wollen wir die Verwaltung besser machen!

Durch die Einführung des Call-Centers hat sich die Servicequalität nicht erhöht. Hier ist Abhilfe zu schaffen.

Die Organisation der Verwaltung bedarf einer nachhaltigen Überprüfung. Diese muss beim OB und seinen Aufgaben beginnen, sich über die Dezernate fortsetzen und jede einzelne Dienststelle erfassen.

Die FDP steht für mehr Bürgerbeteiligung und für eine leistungsfähige Verwaltung. Wir wollen dies u. a. erreichen, durch

- eine Öffnung von Verwaltung und Stadtregierung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, um mehr Transparenz und mehr Teilhabe zu verwirklichen (Open Government) sowie eine freie Verfüg- und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten (Open Data).
- das frühzeitige Einbinden der Kölner Bürgerinnen und Bürger in die kommunalen Planungen.. Sie sind damit wichtige Partner für die Fachverwaltung, die Bezirksvertretungen und den Rat. Für uns Liberale gelten dabei die folgenden Leitlinien:
 - Partizipation als zentrales Element kommunaler Demokratie und integrierter Stadtentwicklung
 - Transparenz und Nachvollziehbarkeit als Basis des gesellschaftlichen Miteinanders
 - Weiterentwicklung der kommunalen Beteiligungskultur zur Legitimation und breiten Akzeptanz von Planungen und Entscheidungen. Wir wollen ein Modellprojekt für Online-Beteiligung erproben und bei erfolgreicher Evaluation etablieren.

- Urban Governance²: Aktivierung aller gesellschaftlichen Gruppen
- Chancengleichheit bei der Beteiligung
- Qualitätsstandards und Controlling für Beteiligungsprozesse

Als ersten Schritt verlangen wir, den Ratsausschuss „Anregungen und Beschwerden“ um das Zuständigkeitsgebiet „Bürgerbeteiligung und Partizipation“ zu erweitern. Darin wird in jeder Sitzung mit einem ständigen Tagesordnungspunkt über die Entwicklung der Leitlinien beraten und es werden aktuelle Beteiligungsprojekte erörtert.

- die Optimierung der Entscheidungsprozesse in der Stadtverwaltung. Eine Kultur des Gelingens und nicht des Verhinderns und Aufhaltens muss in die Verwaltung hineingetragen werden.
- das Überarbeiten des aktuellen Aufgabenprofils im städtischen Call-Center. Die ursprünglich als unmittelbarer und niedrigschwelliger Service für die Bürgerinnen und Bürger gedachte Anlaufstelle ist mehr und mehr zu einem Lückenbüßer für die unterbesetzte oder überlastete Fachverwaltung geworden. Diese hat dadurch den unmittelbaren Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern mehr und mehr verloren.
- die Stärkung der unmittelbaren Erreichbarkeit der städtischen Fachverwaltung. Intern müssen Standards zu Erreichbarkeit, Rückrufverhalten und Lösungsorientierung aller Dienststellen implementiert werden, die auch regelmäßig auf ihre Einhaltung zu überprüfen sind.
- Einführung von Zielvereinbarungen für den Oberbürgermeister (OB), die Beigeordneten und weitere Mitarbeiter der Stadt (z.B. Museumsdirektoren) wie in den privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen. Dabei können die gesetzten Ziele (z.B. Budgettreue, Krankenstand, Besucherzahlen) mit finanziellen Anreizen unterlegt werden. Die Zielvereinbarung mit dem OB wird dabei in einem offenen Dialog zwischen OB und Rat vereinbart.
- Durchleuchtung des Amtes des Oberbürgermeisters auf die Anzahl seiner Mitarbeiter und seiner Aufgaben. Gibt es Doppelstrukturen zwischen einzelnen Dezernaten? Sind bestimmte Aufgaben und Ziele überholt oder erledigt? Kann man den einen oder anderen Beauftragten nicht einsparen?

² Der Begriff „Urban Governance“ meint die Koordination und Steuerung einer Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse im kommunalen Bereich.

Das braucht Köln: Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Köln wächst in den nächsten Jahren. Darauf muss die Stadt nicht nur mit einer Offensive für mehr Wohnungsbau antworten. Auch die Kölner Wirtschaft benötigt eine zukunftsorientierte Politik, denn wirtschaftliche Dynamik ist die Grundlage für eine lebendige und attraktive Stadt mit einer hohen Lebensqualität für die Menschen. Die Wirtschaft braucht entsprechende Rahmenbedingungen, um viele zukunftsfeste Arbeitsplätze anbieten zu können.

Köln steht hier in unmittelbarem Wettbewerb mit seinem Umland. Auch die Städte, Kreise und Gemeinden um Köln herum verfügen über gute Standortfaktoren. Köln dagegen hat seit Jahren mit einer verhältnismäßig hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Zwar werden die meisten Rahmenbedingungen von Bund und Land vorgegeben. Doch gibt es eine Vielzahl von Handlungsfeldern für die kommunale Wirtschaftspolitik.

Wir wollen, dass Köln eine moderne und dynamische Großstadt wird, in der sich Arbeitnehmer wie Unternehmer gerne ansiedeln, weil sie hier eine Zukunftsperspektive erkennen. Wir müssen die hohe Arbeitslosigkeit entschiedener bekämpfen und die Stadt für Investoren - insbesondere Unternehmen - attraktiv machen, so dass sich neue Jobperspektiven ergeben.

Die FDP setzt sich ein

- für die Sicherung und die tatsächliche Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeflächen. Weder der vermeintliche Schutz der Umwelt (z. B. Kreuzkröten auf dem Essogelände), noch die bevorzugte Nutzung für Wohngebäude dürfen die positive wirtschaftliche Entwicklung Kölns verhindern.
- für den wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens Köln/Bonn: er ist für uns ein wichtiger Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Köln. Daher darf der Nachtflug, gerade für den Frachtverkehr, nicht eingeschränkt werden.
- für den sinnvollen Umgang von Steuergeldern. Daher lehnen wir den Ausbau des Godorfer Hafens weiter ab. Die Möglichkeiten im Niehler Hafen sind noch längst nicht ausgenutzt! Das bald in den Vollbetrieb gehende KLV-Terminal in Niehl setzt weitere Kapazitäten für den nicht wasserseitig gebundenen Umschlag frei. Mit dem Köln-Düsseldorfer Joint Venture Rheincargo haben sich darüber hinaus neue Perspektiven für eine effizientere Bewältigung der Güter- und Warenströme ergeben.

- die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Köln auf die Daseinsvorsorge. Dabei sind die Geschäftsbereiche der Unternehmen, deren Eigentümer die Stadt Köln ist, kritisch zu durchleuchten! Sowohl die Beteiligungen als auch einzelne Aktivitäten kommen dabei auf den Prüfstand: Außenwerbung, Altkleidersammlung, Beteiligungen an in- und ausländischen Energieversorgern, Telekommunikationsunternehmen oder dem Bio-Campus gehören unserer Meinung nach nicht zur Daseinsvorsorge!
- für ein Europabüro der Stadt Köln in Brüssel. Hier sollte aktive Standortwerbung betrieben und die Anwerbung öffentlicher Gelder realisiert werden.
- für eine Stärkung des Einzelhandels: Wir wollen alle Möglichkeiten des Ladenöffnungsgesetzes ausschöpfen. Einschränkende „kölsche Lösungen“ lehnen wir ab!
- für die Planung und Realisierung einer Allwetter-Einkaufszone in der Innenstadt.
- für eine bessere Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaftsbetrieben. Nur durch die Zusammenarbeit können neue Produkte und Dienstleistungen und damit auch Arbeitsplätze in Köln entstehen. Die reichhaltige und hervorragende Bildungslandschaft muss für den Wirtschaftsstandort endlich genutzt werden.
- für eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit von Köln Kongress und Köln Tourismus, um noch mehr Touristen nach Köln zu locken.
- Für ein freies WLAN im öffentlichen Raum durch Kooperation von Stadt und Unternehmen.
- für die Abschaffung der Betten-, Schnee- und Sexsteuer! Zusätzliche kommunale Sondersteuern gängeln den Bürger, schaden der Wirtschaft und dem Tourismus und bringen oft weniger Einnahmen als ihre Erhebung kostet.

Da eine Strukturreform der Gewerbesteuer durch die Große Koalition auf Bundesebene leider nicht zu erwarten ist, setzt sich die FDP dafür ein, die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer konstant zu halten.

Das braucht Köln: Solide Finanz- und Haushaltspolitik ohne neue Schulden!

Die Stadt lebt über ihre Verhältnisse. Auch in den nächsten Jahren werden die Ausgaben der Stadt die Einnahmen bei weitem übersteigen und das trotz guter Konjunkturdaten und besten Steuereinnahmen seit Jahrzehnten. Allein in den Jahren 2013 bis 2017 addieren sich die Defizite im städtischen Haushalt nach der Planung der Kämmerei auf über 1,2 Mrd. Euro. Von einer Politik der Haushaltskonsolidierung kann damit in Köln nicht gesprochen werden. Auch wenn Köln in der Haushaltsbilanz hohe Vermögenswerte aufweist, werden diese in den kommenden Jahren von jährlichen Defiziten bis zu über 300 Mio. Euro aufgefressen. Letztendlich führt diese Schuldenpolitik zum Nothaushalt. Köln ist irgendwann pleite. Richtig ist, dass Land und Bund immer neue Aufgaben den Kommunen und damit auch Köln aufbürdet, ohne die dafür nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Aktuelle Beispiele sind die Inklusion (Integration von behinderten Kindern) an Regelschulen durch das Land und die Aufnahme von immer mehr Flüchtlingen durch die Stadt, wo die Stadt den größten Teil der Ausgaben alleine schultern muss. Richtig ist aber auch, dass das hohe Defizit im städtischen Haushalt mit selbstverschuldet ist, da eine eigene Aufgabenkritik unterbleibt. Ohne eine Aufgabenreduzierung wird es zu keiner Ausgabenverringerung kommen. Gleichzeitig dürfen wir die Zukunftsfähigkeit der Stadt nicht gefährden. Für uns Kölner Liberale heißt das, dass die Investitionsfähigkeit der Stadt erhalten bleiben muss. Wer nicht in die Infrastruktur, Stadtgestaltung und gesellschaftlichen wie auch kulturellen Angeboten in der Stadt investiert, beraubt Köln ihrer Attraktivität und Zukunft als Großstadt und damit letztendlich auch ihrer Prosperität und zukünftigen Einnahmen.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir diese Zielsetzung erreichen:

- **Aufgabenkritik und Aufgabenreduzierung**
Köln braucht einen auf Jahre angelegten, dann aber konsequent durchgeführten Entschuldungsplan, der die Defizite abbaut, aber Kölns Entwicklung nicht abwürgt. Dies kann nur gelingen, wenn der städtische Haushalt konsequent durchforstet wird, welche Aufgaben absolut notwendig sind und welche nicht. Aber auch bei den sogenannten Pflichtaufgaben, die die Stadt durch den Bundes- und Landgesetzgeber zu erfüllen hat, ist kritisch zu prüfen, ob die Aufgaben nicht mit weniger Finanzmitteln zu erfüllen sind. Ohne eine politische Prioritätensetzung bei allen Ausgaben ist eine nachhaltige Entschuldung der Stadt nicht möglich.
- **Schuldenbremse gehört ins Stadtrecht verankert**
Köln braucht eine, wie im Bund und Land, im Stadtrecht verankerte Schuldenbremse, die die Aufnahme neuer Schulden verbietet. Die FDP schlägt daher vor, dass ab 2022, die Stadt, wie auf Bundes- und

Landesebene, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen hat und ab dann keine Defizite mehr ausweisen darf. Die Verankerung der Schuldenbremse soll Verwaltung und Politik bei der Ausgabenseite disziplinieren. Die Jahre bis 2022 sollen dem städtischen Entschuldungsplan dienen, die hohen Defizite kontinuierlich abzubauen, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

- **Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung sind einzuhalten**
Seit 2008 hat Köln bei der Haushaltsführung die unternehmerische Rechnungslegung (doppelte Buchführung) eingeführt. Die FDP begrüßt grundsätzlich diesen Schritt und erkennt an, dass die Verwaltung eine längere Phase zur Einübung des neuen Verfahrens benötigt. Dem städtischen Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement, NKF) sind aber immer noch wichtige Regeln einer ordnungsgemäßen Buchführung fremd. Von den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung der Richtigkeit und Willkürlichkeit, Klarheit und Übersichtlichkeit sowie Vollständigkeit kann somit bei der städtischen Haushaltsführung nicht gesprochen werden. So finden u. a. keine Bewertung von Ausfallwahrscheinlichkeiten bei Forderungen und die daran anknüpfende Wertberichtigung nach dem üblichen Niederstwertprinzip statt. Dies führt dazu, dass der städtische Haushalt nicht vor unkorrekten Daten und möglichen Verlusten Vorsorge trifft. Auch wenn der Landesgesetzgeber den laxen Rahmen vorgibt, will die Kölner FDP die strengeren Auslegungen der ordnungsgemäßen Buchführung aus dem Wirtschaftsleben auch für den Kölner Haushalt einführen. Nur so ist ein realistisches Bild der Erträge und Aufwendungen im städtischen Haushalt zu gewährleisten und sind frühzeitig Haushaltsrisiken auch erkennbar.
- **Kölns hat einen Schuldenberg von 2,5 Mrd. Euro und der ist abzubauen**
Trotz bester Einnahmensituation für den städtischen Haushalt wird der Schuldenberg nicht konsequent abgebaut. So weist der städtische Haushalt bei 2,5 Mrd. Euro Altschulden nur knapp 120 Mio. Euro für deren Tilgung aus. Selbst wenn die Stadt Köln in den nächsten Jahren keine Schulden mehr aufnehmen würde, wäre sie bei Beibehaltung dieser Tilgungshöhe nicht einmal im Jahr 2035 schuldenfrei. Die FDP will darum die günstige Einnahmensituation der Stadt nutzen, um die Tilgungsrate in den nächsten Jahren zu verdreifachen. Denn Schuldenberge in dieser Höhe und deren Abbau im Schneckentempo sind eine schwere Hypothek für die zukünftigen Generationen und solch eine Politik gehört abgeschafft.
- **Städtische Unternehmensbeteiligungen gehören auf den Prüfstand**
Köln besitzt viel zu viele Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen. Die FDP will daher eine kritische Prüfung aller städtischen Unternehmen und

Unternehmensbeteiligungen, ob sie der öffentlichen Daseinvorsorge dienen oder eine andere wichtige Bedeutung für die Stadt haben. In die Prüfung sind auch die Kölner Stadtwerke mit ihren Beteiligungen und Unterbeteiligungen miteinzubeziehen.

Beteiligungen der Stadt an Unternehmen sind nur dann sinnvoll, wenn die Leistungen des betreffenden Unternehmens für die Kölner Bürger unverzichtbar sind, eine rein private Umsetzung sich aber nicht tragen würde. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, soll sich die Entscheidung über die Veräußerung von Beteiligungen allein nach den Auswirkungen auf den Haushalt richten. Aus grundlegenden Überzeugungen heraus sehen wir die zahlreichen Unternehmensbeteiligungen der Stadt als eine prinzipiell unbefriedigende Situation. Langfristig muss sich die Stadt Köln deshalb aus allen Beteiligungen zurückziehen, wenn diese Unternehmen nicht originär staatlichen Aufgaben dienen.

Die FDP lehnt ab, die Profitabilität städtischer Unternehmen dadurch zu stützen, dass sie vom Rat der Stadt Köln mit Monopolen ausgestattet wird.